

©Österreichischer Naturschutzbund, download unter www.biologiezentrum.at

Österreichischer Naturschutztag 1974

Stadthalle Wels, 5. Oktober 1974

Der Naturschutztag 1974 in Wels war dem Thema ENERGIEWIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE gewidmet. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal der Stadthalle legte der Österreichische Naturschutzbund der Öffentlichkeit seine konkreten Vorstellungen zu diesem Thema vor. Besonders erfreulich war unter anderem, daß auch über 40 Vertreter österreichischer Energiegesellschaften aus allen Bundesländern an der Veranstaltung teilnahmen.

Die Referate zum Tagungsthema „Energiewirtschaft und Ökologie“ und die Forumdiskussion unter dem Thema „Energiepolitik und Ökologie“ hatten hohes Niveau. Bei der Diskussion fanden — wie zu erwarten war — die Vertreter der Energiewirtschaft und die des Natur- und Umweltschutzes zwar keine gemeinsame Linie, doch zahlreiche Ansatzpunkte für weitere Gespräche und Verhandlungen. Erfreulich war weiters das Diskussionsklima. Die Teilnehmer bemühten sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — um eine sachliche Atmosphäre.

Beim Österreichischen Naturschutztag 1974 in Wels wurden verschiedene richtungsweisende Resolutionen verfaßt, die an die Österreichische Bundesregierung, die Regierungen der neun Bundesländer sowie an verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gesandt wurden. Wir geben nachstehend die Resolutionen im vollen Wortlaut wieder.

Im Anschluß daran finden Sie eine Auswahl der beim ÖNB eingelangten Antwortschreiben*.

RESOLUTIONEN

gefaßt am

ÖSTERREICHISCHEN NATURSCHUTZTAG 1974 IN WELS

gerichtet an die Österreichische Bundesregierung und
die Regierungen der neun Bundesländer

Der Österreichische Naturschutztag war dem Thema

Energiepolitik und Ökologie

gewidmet.

Jede Form steigender Energieerzeugung führt sowohl direkt als auch über ein dadurch vorangetriebenes progressives Industriewachstum zu Landschaftsverbrauch und Umweltbelastung. Da auch insbesondere die Kernenergie langfristige Gefahren für Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung nach sich zieht, setzte sich die Meinung durch, daß eine zukunftsorientierte Energiepolitik die Lösung ihrer Probleme weniger auf der Produktionsseite, sondern vielmehr in der *Entwicklung rationeller Verbrauchsstrategien* zu suchen habe.

In diesem Sinne wurden von den Tagungsteilnehmern die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers mit großem Beifall aufgenommen, aus denen Skepsis gegenüber der Kernenergie und eine Aufforderung zur Drosselung der Verschwendung zu entnehmen waren.

* Wir bitten sowohl die Brieffschreiber als auch unsere Leser um Verständnis, daß wir nicht alle Antwortschreiben in vollem Wortlaut wiedergeben können. Dies war aus Platzgründen leider nicht möglich. Die Redaktion.

Der Österreichische Naturschutzbund betrachtet es als starke Mitgliederorganisation als seine Aufgabe, solchen Intentionen durch einen breiten Meinungsbildungsprozeß zum Durchbruch zu verhelfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrienationen wird zunehmend darin bestehen müssen, innerhalb quantitativ nicht mehr ausweiterbarer Grenzen *Verlagerungen* herbeizuführen, die

- der ökologischen Belastbarkeit der Biosphäre,
- den existentiellen Bedürfnissen der Menschen,
- dem abnehmenden Bestand an nicht erneuerbaren Naturgütern Rechnung tragen.

Der Staat als über den Gruppeninteressen stehender Wähler des Gemeinwohles muß *unverzüglich diese Entwicklung einleiten*, bevor Katastrophen zu noch einschneidenderen Maßnahmen zwingen. Dazu muß er *im eigenen wirtschaftlichen Verhalten beispielhaft* handeln. Hierbei darf er sich nicht nach überholten Zweckprognosen einer wachstumsorientierten Energiewirtschaft richten, die mit dem Dogma zehnjähriger Verdoppelungsraten politische Entscheidungen in die Richtung immer größerer Umweltzerstörung und Energieverschwendung drängen. Ein zunehmender Teil der neu produzierten Energie dient dazu, immer mehr Rohstoffe in immer mehr Wegwerfprodukte und Schadstoffe zu verwandeln.

Der gesetzliche Versorgungsauftrag einer E-Wirtschaft, die ihrerseits für Mehrverbrauch wirbt und das wachsende Umweltbewußtsein der Bevölkerung durch kostspielige Propagandaaktionen zu unterdrücken sucht, muß in Frage gestellt werden.

Die Versorgung sollte vielmehr durch sinnvolle Verbrauchslenkung sichergestellt werden (etwa gestaffelte Tarife unter Schonung sozial schwacher Kleinverbraucher) — um der heimischen Wirtschaft Anreize für die Optimierung einer effizienten Energie- und Rohstoffnutzung zu geben.

Österreich würde damit *rechtzeitig* einen Weg einschlagen, dem die Zukunft gehört; vorübergehende Wettbewerbsverzerrungen könnten im Einzelfall berücksichtigt werden.

Die notwendigen Bremsmaßnahmen sind unverzüglich einzuleiten. So sollten Staatsmittel zur Konjunktur- und Strukturförderung nicht dort eingesetzt werden, wo weitere Umweltbelastungen und Landschaftszerstörungen zu erwarten sind (Großindustriean siedlungen, hypertrophierende Formen des Straßenbaues, der Flurbereinigung und des Wasserbaues). Statt dessen sollten sie in Maßnahmen zur Umweltsanierung oder im *Dienstleistungsbereich* eingesetzt werden.

Grundsätzlich müssen *zukunfts offene Lösungen* solchen vorgezogen werden, die die Entwicklung langfristig festlegen und unwiederbringliche Werte vernichten. So sind etwa Lohnkostenzuschüsse vielfach produktionsorientierten Investitionskostenzuschüssen vorzuziehen, zumal viele schwerwiegende ökologische Probleme durch die Verdrängung menschlicher Arbeitskraft durch extreme Mechanisierung, Automatisierung, Rationalisierung und Anwendung von Chemikalien entstanden sind (z. B. in der Land- und Forstwirtschaft) — die auch eine vermehrte Energie- und Auslandsabhängigkeit zur Folge hatten.

Der in dieser Brems- oder Übergangsphase noch zulässige mäßige Anstieg im Energieverbrauch ist durch konventionelle Energiequellen abzudecken (umweltschonende Verwendungsformen fossiler Brennstoffe und Laufkraftwerke — sofern diese keine erst-rangigen kulturellen oder landschaftlichen Werte zerstören).

Für kommende Jahrzehnte wurden von den anwesenden Experten geothermale und solare Energiegewinnungsanlagen als aussichtsreiche Alternativen bezeichnet. Dagegen sei die Kernenergie selbst als „kurzfristige Übergangslösung“ abzulehnen, da es erfahrungsgemäß nichts Beharrlicheres gibt als eine finanzstarke Technologie, der man einige

Jahrzehnte hindurch die Chance zur Durchdringung des Marktes und zur Erzeugung einer gewissen Abhängigkeit gegeben hat. Die Entscheidung gegen ein weiteres Wachstum der Kernenergie in unserem Lande muß jetzt getroffen werden — *bevor* sie sich als wirtschaftlicher Machtfaktor etabliert hat und *bevor* sie kommenden Generationen eine mit jedem Betriebsjahr wachsende Hypothek in Form langlebiger Radionuklide aufgebürdet hat.

Da Kernkraftwerke auf Grund ihrer Betriebscharakteristik (Bandenergie) zum Ausgleich von Bedarfsspitzen nach dem derzeitigen technischen Stand auf alpine Speicherkraftwerke nicht verzichten können, sondern solche sogar vermehrt benötigen, stellen sie auch keine Alternative zur Zerstörung des Alpenraumes dar.

Die wichtigste Alternative ist die Einbremsung des weiteren Energiewachstums unter gleichzeitiger Optimierung des pro Energieeinheit erzielbaren Wohlstandes.

Planungsdemokratie

Die von Großprojekten betroffenen Bürger haben Anspruch auf objektive, rechtzeitige und umfassende Information. Im Sinne der Chancengleichheit sollte der Bevölkerung zur Verteidigung ihrer Anliegen in vermehrtem Maße der Weg in die Massenmedien eröffnet und ein Recht auf Mitsprache eingeräumt werden.

Nur durch eine derartige Planungsdemokratie kann vermieden werden, daß wirtschaftliche Eigengesetzlichkeiten die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung untergraben. Wir haben die Wahl, vom Menschen geschaffene Wirtschaftsgesetze zu verändern — oder in verhängnisvoller Weise an zwingende Naturgesetze zu stoßen, mit denen es keinen Kompromiß gibt.

Der Österreichische Naturschutzbund ist der Auffassung, daß das Machbare verändert werden muß, um das Unwiederbringliche zu erhalten.

gez.

Präsidium des
Österreichischen Naturschutzbundes
in Übereinstimmung
mit seinem wissenschaftlichen
Beirat und
der internationalen Gruppe Ökologie,
Ingolstadt

Spezielle Empfehlungen

Aus der vorstehenden Resolution des Österreichischen Naturschutztages 1974 zum Thema „Energiepolitik und Ökologie“ ergibt sich die Haltung des ÖNB gegenüber zahlreichen Problemen des österreichischen Natur- und Umweltschutzes. Folgende Forderungen seien exemplarisch angeführt:

1. Keine Verbauung der Wachau zur Energiegewinnung.
2. Kein weiteres Wachstum von energie-, rohstoff- und schadstoffintensiven Großindustrien, wie sie etwa im Donauraum geplant sind (wodurch man eine Staukette, die bekanntlich höchste Sauberkeit verlangt, zum Vorfluter industrieller Abwässer machen würde. Außerdem würde die geplante Industrieballung im Donauraum außer der Zerstörung wertvoller Landschaften auch einer weiteren Entvölkerung der umliegenden Landwirtschaft Vorschub leisten).
3. Keine Inangriffnahme des umstrittenen Speicherkraftwerkes Osttirol vor der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Gutachten.
 - 3 a. Keine Ableitung der oberen Lieser in den Maltaspeicher.

4. Keine Übergriffe der E-Wirtschaft auf das europäische Naturdenkmal Krimmler Fälle.

5. Keine weitere (weil zerstörerische) „Erschließung“ des Almtales.

6. Keine Trassenführung der deutsch-italienischen Alemania-Autobahn durch Österreich, da diese wertvollste Landschaftsteile (Zillertal) zerstören würde, ohne für Österreich einen nachweisbaren Nutzen zu bringen (Transitstrecke).

7. Bestmögliche Sicherung des geplanten Naturschutzgebietes Rheindelta.

8. Erhöhte Anstrengung in Richtung auf die Schaffung eines Nationalparkes Hohe Tauern sowie des Steppernationalparkes Neusiedler See.

Die ausführlichen Begründungen etlicher regionaler Empfehlungen liegen bei.

Resolution bezüglich Sicherheitsvorkehrungen im Bereich großer Talsperren

Talsperren, die in Gebieten errichtet werden, in denen immer wieder Erdbeben registriert wurden, wie z. B. im Raum Gmünd, können keine absolute Sicherheit bieten. Für die Bevölkerung in diesem Gebiet müssen daher folgende Vorkehrungen getroffen werden:

1. Zwischen der Talsperre und der ersten Wohnstätte muß ein hinreichend großer Abstand vorhanden sein, damit den Bewohnern genügend Zeit zur Flucht bleibt.

2. Die Ausmaße der Flutwelle müssen der Bevölkerung für jede Siedlung bekanntgegeben und in der Landschaft markiert werden.

3. Die Bewohner müssen immer wieder mit dem Signal, das etwaige Flucht oder Evakuierung ankündigt, vertraut gemacht werden.

4. Die möglichen Fluchtwege müssen gekennzeichnet und instand gehalten werden.

Bei künftig zur Ausführung gelangenden Großspeicheranlagen ist das Höchstmaß der Flutwelle schon vor der Genehmigungsverhandlung in der Natur zu markieren, um sowohl die Behördenvertreter als auch die Bevölkerung entsprechend zu informieren.

Resolution Osttirol

Der Österreichische Naturschutzbund hat mit großem Befremden erfahren, daß in der einzigartigen Gebirgslandschaft Osttirols ein Speicherkraftwerk mit derartig umfangreichen Gewässerableitungen geplant ist, daß die Folgen für die landschaftliche Substanz des betreffenden Gebietes noch nicht absehbar sind.

Eine Erholungslandschaft in diesem Ausmaß und von dieser Eigenart ist in den Ostalpen einzig dastehend. Schon in nächster Zukunft werden Gebiete dieser Art zu ausgesprochenen Seltenheiten gehören und in noch weiter gesteigertem Maße Anziehungskraft auf Gäste und Einheimische ausüben. Auf den gleichen Erwägungen beruht ja auch die angestrebte ungeschmälerte Erhaltung dieses alpinen Gebietes als Nationalpark Hohe Tauern.

Der Österreichische Naturschutzbund richtet daher an alle zuständigen Stellen (Tiroler Landesregierung, Österreichische Bundesregierung, die entsprechenden Ministerien) das dringende Ersuchen, die langfristigen Interessen der Allgemeinheit an notwendigen naturnahen Erholungsräumen vorrangig zu berücksichtigen und Eingriffe nicht zuzulassen, durch die der Erlebnis- und Erholungswert solcher Gebiete auf das schwerste gefährdet werden könnte. Keinesfalls dürfen die Entscheidungen getroffen und Maßnahmen gesetzt werden, die dem Ergebnis von unbedingt einzuholenden umfassenden und objektiven Gutachten vorgreifen würden.

Resolution Rheindelta

Der Österreichische Naturschutzbund verfolgt seit vielen Jahren Naturschutzplanungen im Vorarlberger Rheindelta, aber auch die vielfältigen, für den Naturhaushalt und

das Landschaftsbild schädlichen Entwicklungen, die in diesem Gebiet besonders vom Wasserbau und der Landwirtschaft, aber auch von Badebetrieb, Campingplatz und Wasserjagd ausgehen.

Der Österreichische Naturschutzbund kennt nämlich die durch Meliorierungen, Düngungen und Aufschüttungen ständig reduzierte, jedoch noch hervorragende landschaftliche Qualität des Rheindeltas, den durch pflanzensoziologische Aufnahmen erhärteten besonderen Charakter der Vegetationsverhältnisse und die hohe Bedeutung der verschiedenen Biotope für die Vogelwelt, die das Rheindelta zum schützwürdigsten Gebiet Vorarlbergs und sogar zu einem der schützwürdigsten Österreichs machen.

Obwohl der Österreichische Naturschutzbund nicht verkennt, daß das Land Vorarlberg seit der einstweiligen Sicherstellung des Uferbereiches durch Ankauf von Seeufergrundstücken und durch koordinierte Planungen seit langem bemüht ist, das Rheindelta zu bewahren, sieht er die ständig weitergehenden Eingriffe in die schützwürdige Substanz mit größter Besorgnis und appelliert eindringlich, das geplante Naturschutzgebiet Rheindelta endlich zu verwirklichen.

Resolution Pöllatal

Im Hinblick auf die landschaftliche Schönheit und den großen Erholungswert des PÖLLATALES fordern wir, daß auf die geplante Ableitung der Oberen Lieser in den Maltaspeicher Abstand genommen wird.

Das PÖLLATAL würde durch den drohenden Verlust des Erlebniselementes Wasser schwerste landschaftliche Einbußen erleiden. Diese Wasserableitung wäre mit der erfolgten Erklärung des oberen PÖLLATALES zum Naturschutzgebiet nicht zu vereinbaren. Die Landschaft im Einzugsbereich der Lieser ist durch die Talsperre im Maltatal mit den umfangreichen Wasserbeleitungen und durch die Tauernautobahn ohnehin schon schwer belastet. Gerade deshalb ist es notwendig, das noch ungestörte PÖLLATAL nicht seiner landschaftlichen Lebensader zu berauben.

DER BUNDESPRÄSIDENT

1 0 2 9 6

Wien, am 24. Oktober 1974

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich danke Ihnen für die Übermittlung der Resolutionen des Österreichischen Naturschutztages 1974, die ich mit großem Interesse gelesen habe.

Zweifellos hat die technische Entwicklung in der letzten Generation Umweltgefährdungen in einem über alle früheren Erfahrungen weit hinausgehenden Ausmaß mit sich gebracht. Dies bringt in der Gegenwart eine Fülle ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme mit sich, deren Lösung der gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte und jedes verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Mit meinen besten Grüßen



Herrn
Prof. Dr. E. Stüber
Präsident des Österreichischen
Naturschutzbundes
Hamerlinggasse 8/1
8010 Graz



Wien, am 7. November 1974

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit großem Interesse habe ich die Resolutionen gelesen, die vom Österreichischen Naturschutztag verabschiedet wurden: Sie entsprechen in vielem den Intentionen der Bundesregierung oder beleuchten zumindest sehr wichtige Aspekte von Fragen, Aspekte, denen die Bundesregierung auf alle Fälle gewillt ist, Beachtung zu schenken. So wissen Sie ja, daß ich mich persönlich dafür ausgesprochen habe, daß - was immer in der Wachau geschehen möge - auf alle Fälle der Charakter der dortigen Landschaft erhalten bleiben müsse. Gerade die negativen Erfahrungen, die man im Ausland bei der Industrialisierung von Flußtäälern gemacht hat, haben mich auch veranlaßt, zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Österreichische Raumordnungskonferenz darauf hinzuweisen, daß mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donaukanals Probleme entstehen, die vorausschauend und bald gelöst werden müssen. Zwar glaube ich, daß es zu weiteren Industrieansiedlungen im Donautal kommen wird, doch muß jedenfalls sichergestellt werden, daß wertvolle Erholungsräume und einzigartige Kultur- und Naturdenkmäler erhalten bleiben.

./.

Herrn
Professor Dr. E. STÜBER
Präsident des Österreichischen
Naturschutzbundes
Hamerlinggasse 8/I
8010 G r a z

Um noch einen anderen Punkt herauszugreifen: Über Veranlassung des zuständigen Ministers prüft die Akademie der Wissenschaften die Frage eines großen Speicherwerkes in Osttirol, und der Herr Minister hat mich auch davon informiert, daß diesem Projekt im Augenblick keine Aktualität zukommt. Es ist mir auch bewußt, daß sich sowohl der zuständige Bundesminister als auch Landeshauptmannstellvertreter Salcher eindeutig und vehement gegen die Führung der Alemannia Autobahn durch das Zillertal ausgesprochen haben.

Ich meine aber, daß alle von Ihnen aufgeworfenen Fragen doch auch noch etwas ausführlicher beantwortet werden sollten und habe daher die Resolutionen den zuständigen Bundesministern mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt. Von diesen Stellungnahmen will ich Sie dann gern in Kenntnis setzen.

Mit besten Grüßen

Landeshauptmannstellvertreter Hans Czettel (Niederösterreichische Landesregierung): „Für die Übersendung der von Ihnen am Österreichischen Naturschutztag 1974 in Wels gefaßten Resolutionen sage ich meinen herzlichen Dank. Ich werde mich im Rahmen meines Wirkungsbereiches bemühen, Ihren Gedanken Rechnung zu tragen.“

Erster Landeshauptmannstellvertreter Erwin Fröhbauer, Klagenfurt: „... Ich kann Ihnen .. versichern, daß ich im Rahmen der mir gegebenen Möglichkeiten bemüht sein werde, den Inhalt Ihrer Resolutionen, soweit sie sich auf den Bereich des Bundeslandes Kärnten erstrecken, in meinen Entscheidungen zu berücksichtigen.“

Landeshauptmann DDr. Hans Lechner, Salzburg: „... Bereits die Berichterstattung in den Tageszeitungen .. habe ich mit Interesse verfolgt und eine Salzburg betreffende, wichtige Frage aufgegriffen. Gerade die „speziellen Empfehlungen“ des Naturschutztages werde ich nach Möglichkeit im Rahmen der Arbeit der Salzburger Landesregierung entsprechend beachten .. “

Landesrat Walter Leitner, Salzburg: „... Zu den besonderen Empfehlungen möchte ich noch sagen: Die Pkt. 4. und 8., die sich mit Salzburg beschäftigen, haben schon immer meine Zustimmung gefunden, und ich habe mich seit eh und je in diesem Sinne eingesetzt ... “

Landeshauptmann Ökonomierat Andreas Maurer, Wien: „... Die mir übermittelte energiepolitische Resolution des Österreichischen Naturschutztages 1974 habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Vorweg möchte ich betonen, daß die NÖ. Landesgesellschaften NEWAG und NIOGAS sich für eine sinnvolle Verwendung der Energie einsetzen ... “

Abgeordneter Friedrich Peter, Fraktionsobmann der FPÖ: „... Diese Unterlagen wurden sogleich dem für den gegenständlichen Fragenkomplex federführenden Mitglied unserer Fraktion zur weiteren Veranlassung übermittelt ... “

Sektionschef Dr. Herbert Pindur, im Auftrag der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz: „... Diese Beschlüsse sind für uns von großem Interesse, da auch wir im Sinne eines wohlverstandenen Umweltschutzes alle Bestrebungen nach sparsamer Verwendung von Energie voll unterstützen. Ich glaube, daß dieser Gleichklang der Interessen — auch der Öffentlichkeit gegenüber — entsprechend zum Ausdruck kommen sollte ... “

Dr. Karl Schleinzner, Bundesparteiobmann der ÖVP: „Ihr Schreiben vom 23. Oktober 1974 und die beigefügten Resolutionen habe ich mit bestem Dank erhalten. Selbstverständlich werden wir diese Anregungen gerne prüfen und in den zuständigen Arbeitsausschüssen beraten.“

Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Josef Staribacher „... Für Ihr Schreiben vom 17. Oktober 1974, mit dem Sie mir die Resolutionen vom Österreichischen Naturschutztag 1974 in Wels übermittelten, danke ich Ihnen sehr. Die darin enthaltenen Ausführungen haben mich sehr interessiert, da sie wesentliche energiepolitische Probleme betreffen . . . “

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Wechs: „Für die Erhaltung unserer Landschaft habe ich großes Verständnis, doch obliegt die Verwirklichung von Naturschutzgebieten den Bundesländern. Allerdings wird hiebei eine einseitige Vorgangsweise ohne Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Interessen und Notwendigkeiten nicht zum Ziele führen ... “

Landeshauptmann © Dr. Erwin Wenzl, Linz: „... Ich habe diese Resolutionen, betreffend Energiepolitik und Ökologie, von denen ich auch die damit befaßten Stellen informiert habe, mit Interesse zur Kenntnis genommen und werde diese einer genauen Überprüfung unterziehen...“

Primarius Dr. Günther Wiesinger, Vorsitzender des ÖVP-Arbeitsausschusses für „Gesundheit und Umwelt“: „Trotzdem möchte ich von meiner Warte aus Ihnen versichern, daß ich Ihren Bemühungen mit größter Aufgeschlossenheit gegenüberstehe... darf ich kurz feststellen, daß ich die hier eingeschlagene Richtung begrüße...“

Weitere Antworten liegen vor von:

Bundesminister Dr. Bielka-Karltreu, Bundesminister Dr. Herta Firnberg, Bundesminister Ing. Rudolf Häuser, Bundesminister Erwin Lanc, Präsidium des Bundesministeriums für Finanzen, Präsidium des Bundesministeriums für Justiz, Magistratsdirektion der Stadt Wien, Präsidialbüro, Büro des Landeshauptmannes der Steiermark.



Aktuelles aus Österreich

Naturnaher Wasserbau — ein erfreu- licher Fortschritt

Als eine der bedeutendsten Problemkreise eines ökologisch ausgerichteten Natur- und Umweltschutzes ist der *Wasserbau* anzusehen. Eingriffe, die nicht auf die ökologischen Anforderungen Rücksicht nehmen, setzen hier unter Umständen Schäden, die nie wieder gutzumachen sind und weite Landstriche betreffen können. Bisher hat der Naturschutz auf diesem Gebiet nur allzuoft Niederlagen hinnehmen müssen, wie zum Beispiel bei der Verbauung des Inn oberhalb Innsbrucks, die streckenweise einer Verrohrung gleichkommt.

Als außerordentlich erfreulicher Fortschritt ist daher ein von Bundesminister Dipl.-Ing. *Weiß* unterfertigter Erlaß vom 30. Juli 1974 über die verstärkte Berücksichtigung des Natur- und Landschaftschutzes sowie der Fischerei in der Schutzwasserwirtschaft anzusehen. Nachstehend geben wir die wichtigsten Teile dieses Erlasses wieder. Das vorliegende Thema erscheint uns aber so bedeutend, daß wir planen, ein ganzes Heft unserer Zeitschrift diesem Thema zu widmen.

Leitlinien der Schutzwasserwirtschaft

des Bundesministeriums für Forst- und Landwirtschaft:

1. Unterstützung aller natürlichen und biologischen Faktoren, die den Wasser- und Geschieberückhalt verbessern, sowohl um Großabflüsse möglichst zu reduzieren als auch um das natürliche Wasserdargebot bestmöglich zu nutzen.
2. Vermeidung aller Maßnahmen, die den Wasser- und Geschiebeabfluß grundsätzlich intensivieren, und Ausrichtung aller technischen Maßnahmen nach diesem Gesichtspunkt.
3. Schaffung von Speichern, um extreme Hoch- und Niederwasserabflüsse auszugleichen und eine optimale Nutzung des verfügbaren Wasserschatzes sicherzustellen.
4. Klare Abgrenzung der Abfluß- und Gefährdungsräume der Gewässer von den Intensivzonen der Besiedlung, der Wirtschaft und des Verkehrs; Berücksichtigung dieser Abgrenzung bei allen raumbeanspruchenden Planungen.
5. Schutz der Intensivzonen vor unzulässigen Wasserverheerungen; Anpassung der Bewirtschaftung in gewässernahen Zonen an die Beanspruchungen durch exzessive Abflüsse, Berücksichtigung der Widerstandskraft und der Schadensanfälligkeit gewässernaher Bewirtschaftungen.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Natur und Land \(vormals Blätter für Naturkunde und Naturschutz\)](#)

Jahr/Year: 1975

Band/Volume: [1975_1](#)

Autor(en)/Author(s): Anonymus

Artikel/Article: [Österreichischer Naturschutztag 1974, Stadthalle Wels, 5. Oktober 1974 18-26](#)